

Pedrazzini: «Vertrete den Prämienzahler, auch wenn das Konflikte mit sich bringt»

Interview Mauro Pedrazzini hat in der vergangenen Legislatur einige unliebsame Reformen durchgesetzt. Zurücklehnen wird er sich deshalb nicht, wie er dem «Volksblatt» erklärte. Denn auch für die kommenden vier Jahre steht einiges auf der Agenda des Gesellschaftsministers.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Im Ministerium für Gesellschaft mussten Sie in der vergangenen Legislaturperiode einige unliebsame Reformen durchbringen – geht nun die Phase des zukunftsorientierten Gestaltens los, wie Erbprinz Alois meinte? Wo möchten Sie hier in dieser Legislaturperiode Schwerpunkte setzen?

Mauro Pedrazzini: Die vergangenen vier Jahre waren von «Reparaturarbeiten» geprägt, nun muss wieder eine Phase des Gestaltens folgen, das sehe ich auch so. In meinem Verantwortungsbereich bleibt die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ein drängendes Thema. Gerade aber angesichts der alternden Bevölkerung müssen wir uns nun überlegen, wie wir das Gesundheitswesen weiterentwickeln können, damit die Versorgung in hoher Qualität sichergestellt werden kann und das Ganze trotzdem bezahlbar bleibt. Beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten spürbare Fortschritte erzielt werden. Daneben stehen noch einige Gesetzesprojekte an, die in den vergangenen Jahren zurückgestellt werden mussten.

Ein Dauerthema Ihres Ministeriums bleibt also die demografische Entwicklung. Gemäss Koalitionsvertrag sollen verschiedene Formen des altersgerechten Wohnens geprüft werden – was könnten Sie sich hier beispielsweise vorstellen?

Mit dem Betreuungs- und Pflegegeld haben wir die finanzielle Grundlage für die Pflege in den eigenen vier Wänden geschaffen. Nun entwickelt sich langsam das Angebot. Viele neuere Wohnungen sind schon behindertengerecht gebaut, sodass eine Pflege zu Hause in vielen Fällen möglich wird. Meines Erachtens braucht es daher keine spezialisierten Wohngebäude, die älteren Mitmenschen sollen mitten im Dorf in geeigneten Wohnungen beziehungsweise Wohngemeinschaften leben können. Was sich aber erst langsam entwickelt, sind die Dienstleistungen des «Servicewohnens», im Bereich der Verpflegung und der Hausarbeit. Auch bei der Betreuung könnte sich das Angebot in den nächsten Jahren noch erweitern.

Im Koalitionsvertrag sind die Punkte betreffend einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung sowie einer flexibleren Ausgestaltung des Kindergeldes sehr vage gehalten. Hätten Sie hier schon konkretere Ideen?

Wir haben eine Arbeitsgruppe mit breiter Beteiligung eingesetzt, welche sich diesem Thema widmet. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von grosser Bedeu-



Nachdem die vergangenen Jahre von «Reparaturarbeiten» geprägt waren, möchte Mauro Pedrazzini nun mit dem Gestalten beginnen. Die Herausforderungen bleiben dieselben: Die demografische Entwicklung, ein gutes, aber bezahlbares Gesundheitswesen oder die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. (Foto: ZVG)

tung, insbesondere auch für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Mit den Überschüssen der Familienausgleichskasse könnte das Kindergeld erhöht und eine gewisse zeitliche Wahlfreiheit beim Bezug geschaffen werden, um verschiedenen Familienmodellen gerecht zu werden. Zudem sollten die Blockzeiten an den Kindergärten und den Schulen so gestaltet werden, dass eine Berufstätigkeit am Vormittag möglich ist, ohne dass eine zusätzliche Kinderbetreuung organisiert werden muss. Beides sind meines Erachtens konkrete Massnahmen, welche in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können.

Ich erwarte aus der Arbeitsgruppe aber noch zusätzliche Vorschläge.

Gerade die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird als Schlüsselfaktor gesehen, um Frauen in Führungspositionen – und die Politik – zu bringen. Trotzdem ist es schwierig, hier etwas voranzubringen, wie man etwa an der gescheiterten Initiative der Wirtschaftskammer sah. Wie möchten Sie den Sorgen der Bevölkerung begegnen, damit hier Bewegung reinkommt?

Zuerst müssen wir uns von der unseligen Kategorisierung «Familie und Beruf» und «Familie als Beruf» trennen, denn die Realität ist wesentlich vielschichtiger. Die meisten Frauen mit Kindern arbeiten in Teilzeit und dieser Tatsache gilt es gerecht zu werden. Es ist mir daher wichtig, dass die direkt Betroffenen zu Wort kommen und nicht nur diejenigen das Wort führen, welche vor vielen Jahrzehnten ihre Kinder grossgezogen haben. Die Welt hat sich verändert.

Im Gesundheitswesen dagegen haben Sie bereits in der letzten Legislaturperiode einiges erreicht. Welchen Herausforderungen möchten Sie als Nächstes begegnen?

Wir haben an den Preisen gearbeitet und erwarten durch die höhere Kostenbeteiligung, dass das rasante Mengenwachstum eingebremst werden kann. Wir haben uns dabei vor allem auf die ambulanten Leistungen konzentriert. Die Kosten für stationäre Leistungen, also für Spitalaufenthalte, wachsen aber schnell und hier müssen wir in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt setzen. Das Angebot an Spitalleistungen wächst und damit werden auch die Kosten steigen. Durch die historisch gewachsene Form der Spitalfinanzierung sowie der Ausgestaltung der Krankenversicherung bestehen zudem finanzielle Fehlanreize, welche die Kosteneffizienz, die durch den medizinischen Fortschritt möglich wäre, nun behindert. Beispielsweise können heute einige häufige Eingriffe ohne Spitalübernachtung, also ambulant, durchgeführt werden. Dieses Sparpotenzial wird aber nur unzureichend ausgeschöpft, weil man an einer stationären Behandlung wesentlich mehr verdient.

In den Nachbarländern geht der Trend weg von einzelnen Praxen hin zu Gesundheitszentren, bei denen sich mehrere Ärzte zusammenschliessen. Inwiefern würden Sie eine solche Entwicklung in Liechtenstein begrüssen?

Ich denke, dass diese Arbeitsform dem Wunsch der meisten jungen Ärztinnen und Ärzte entspricht und bei uns derartige Angebote entstehen werden. Es werden dadurch regulierte Arbeitszeiten und auch eine Tätigkeit in Teilzeit ermöglicht. Zudem kann sich der fachliche Austausch unter Kollegen positiv auf die Qualität auswirken.

Gemäss Koalitionsvertrag sollen verschiedene Modelle zur Stärkung einer bedarfsgerechten und leistungsfähigen Grundversorgung, insbesondere im Bereich der Hausarztmedizin, geprüft werden. Steckt dahinter das Hausarztmodell, das sich die VU wünscht, Sie aber im Vorfeld der Wahlen abgelehnt haben?

Bedarfsgerecht und leistungsfähig heisst für mich, dass es keine Überversorgung gibt und dass diejenigen, welche in der Grundversorgung tätig sind, auch die dafür benötigten Leistungen erbringen und zwar in einer einwandfreien Qualität. Der Schlüssel dazu ist die Bedarfsplanung, sie wird derzeit überarbeitet.

Das Kostenwachstum im Gesundheitswesen einzudämmen war ein wichtiger Punkt in der letzten Legislatur – vor allem sollte dies durch die KVG-Revision erreicht werden. Laut der Ärztekammer könnten die Ärzte sogar mehr abrechnen, was zu höheren Kosten führe – teilen Sie diese Ansicht?

Mit dem Tarmed werden einige Ärzte mehr abrechnen können, andere weniger. Wie sich die Kosten in Summe entwickeln, werden wir sehen. Dank Tarmed ist ein Vergleich mit der Schweiz nun wesentlich einfacher. In unserem Land waren die Kosten pro Patient mit dem alten Tarif schon wesentlich höher als in der Schweiz, insbesondere auch im Vergleich zu den Nachbarantonen. Wenn die Kosten nun unter Anwendung des Tarmed noch weiter steigen sollten, dann ist es wohl eindeutig, dass bei uns die Mengen der abgerechneten Leistungen viel zu hoch sind.

Im OKP-Konflikt zum Jahresende erlitt die Gesprächskultur mit der Ärz-

tekammer einen erneuten Tiefpunkt – lässt sich da noch was kitzeln? Ich bin ein rationaler Mensch, gesprächsbereit und an sich recht geduldig. Aber man darf sich keine Illusionen machen, es geht hier um viel Geld, genauer gesagt um rund 50 Millionen Franken pro Jahr. Da wird mit harten Bandagen gekämpft und jeder Empfänger strebt nach Macht und Einfluss, um das Wasser auf seine Mühlen zu lenken. Ich sehe meine Funktion darin, den Prämienzahler zu vertreten, auch wenn das Konflikte mit sich bringt. Die grösste Gefahr für unser Gesundheitswesen ist, dass es eines Tages nicht mehr bezahlbar ist und die Politik Massnahmen ergreifen muss, welche letztlich zu einer Zweiklassenmedizin führen. Wenn wir ab und zu beherzt eingreifen und auch Konflikte wagen, besteht die Chance, dass wir weiterhin allen einen guten Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung gewährleisten können.

«Wenn die Kosten unter Anwendung des Tarmed weiter steigen sollten, ist es wohl eindeutig, dass bei uns die Mengen der abgerechneten Leistungen zu hoch sind.»

Die grösste Gefahr für unser Gesundheitswesen ist, dass es eines Tages nicht mehr bezahlbar ist und die Politik Massnahmen ergreifen muss, welche letztlich zu einer Zweiklassenmedizin führen. Wenn wir ab und zu beherzt eingreifen und auch Konflikte wagen, besteht die Chance, dass wir weiterhin allen einen guten Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung gewährleisten können.